

Dirk van Laak

Von Ludwig zu Liebig. Die Gießener Hochschule im Umbruch des Jahres 1946*

Einleitung

Das Jahr 1946 rechnet man nicht unwillkürlich zu den großen Symboldaten des vergangenen und in vielem extremen Jahrhunderts, so wie dies die Jahre 1914, 1945 oder 1989 für sich reklamieren können. Dennoch wurde gelegentlich versucht, ihm diese Qualität eines Wendjahres zuzuschreiben. Der britische Journalist und Historiker Victor Sebestyen deutete es als eines, in dem nicht weniger als „die Welt neu entstand“.¹ Tatsächlich scheint vieles für ein Jahr des Übergangs zu sprechen: Im Januar 1946 nahmen die Vereinten Nationen ihre Arbeit auf. Die Philippinen wurden selbständig und läuteten eine weltweite Welle der Dekolonisation ein. Der erste Indochina-Krieg brach aus und zog sich weitere 30 Jahre hin, bis die Amerikaner sich 1975 gemühtigt aus Vietnam zurückziehen mussten. In Argentinien wurde Juan Péron zum Präsidenten gewählt und sollte politisch ebenso stilbildend werden wie seine Ehefrau Evita.

In Europa zog sich zu dieser Zeit zu, was Winston Churchill in einer Rede im amerikanischen Fulton den „Eisernen Vorhang“ nannte. Aus der Anti-Hitler-Koalition wurde die Frontstellung des Kalten Krieges, die sich weitere 45 Jahre halten sollte. Deutschland lag weithin in Trümmern, sein politisches Schicksal war ungewiss. Doch baute sich das politische Leben auch hier langsam wieder auf. Es wurden Parteien gegründet, im April 1946 in Ostberlin etwa die Sozialistische Einheitspartei, die bald auf einen eigenen Staat zusteuerte.²

In Westdeutschland dauerte dies etwas länger und war in seiner Ausrichtung weniger eindeu-

tig. Die von den westlichen Alliierten geschaffenen und weiterhin besetzten Bundesländer waren zu dieser Zeit die wesentlichen politischen Handlungseinheiten. Seit Anfang des Jahres 1946 wurde auch für Groß-Hessen eine Landesverfassung ausgearbeitet, die zunächst noch zeitverhaftete Forderungen wie eine Sozialisierung von Schlüsselindustrien vorsah. Damit sollte eine *Dekartellisierung* eingeleitet werden, die neben der *Demokratisierung*, der *Demilitarisierung* und der *Denazifizierung* zu den politischen Programmwörtern der Nachkriegszeit zählte.

Schon seit dem 20. November 1945 lief in Nürnberg ein Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, fand aber in der von den zurückliegenden Ereignissen noch benommenen deutschen Bevölkerung nur eingeschränkte Resonanz. Die war noch immer damit beschäftigt, Trümmer zu beseitigen, die wichtigsten Infrastrukturen wieder in Gang zu bringen und Lebensmittel zu organisieren.

Auch trafen weiterhin Tausende von Flüchtlingen in Hessen ein, zahllose Displaced Persons, zurückkehrende Soldaten, elternlose Kinder, aus dem Exil Heimkehrende, noch in Hessen ausharrende Zwangsarbeiter usw. Ein ebenso großes Problem waren die zahlreichen Vermissten, die zu identifizieren im nordhessischen Arolsen seit Januar 1946 eine Auskunftsstelle entstand, die bis heute als *International Tracing Service* tätig ist. Ebenfalls 1946 wurde in Gießen ein Durchgangslager errichtet, das später zu einem *Notaufnahmelager* für DDR-Flüchtlinge und -Übersiedler wurde und sich ebenfalls bis heute erhalten hat.³

Die Stadt Gießen selbst gehörte zu den am schwersten zerstörten in ganz Deutschland. Mehrere Angriffe von alliierten Bomberverbänden hatten Ende 1944 und Anfang 1945 nicht nur die Stadt, sondern auch die Universität in Schutt und Asche gelegt. Deren Bestand an Ge-

* Vortrag im Rahmen der Vorlesungsreihe des Präsidenten „Neubeginn in schwieriger Zeit“ anlässlich der Eröffnung der Justus-Liebig-Hochschule vor 70 Jahren, gehalten am 30. Mai 2016 in der Aula der JLU.



Die ausgebrannte Universitätsbibliothek Giessen im Zustand von 1945.

(Quelle: Universitätsarchiv Giessen)

bäuden war bis zu 70 Prozent zerstört, die Universitätsbibliothek meldete sogar 90 Prozent Verluste.⁴

Zu all dem Elend gesellte sich dann noch die Schließung der Gießener Universität nach immerhin 339 Jahren ihrer Existenz – ein Tiefpunkt der Stadt- und Universitätsgeschichte in Oberhessen. So wurde es in den Folgejahren gern formuliert, etwa vom Gießener Rektor Heinz Hungerland, der bei der Wiedereröffnung der Volluniversität 1957 in Anwesenheit von Ministerpräsident Georg-August Zinn bemerkte, es sei der *Ludoviciana* ein schmerzlich empfundenes Unrecht widerfahren, das nun wiedergutmacht werden.⁵

Tatsächlich war Gießen die einzige deutsche Universität, deren Existenz so greifbar gefährdet war und die dann tatsächlich fast vollständig abgewickelt wurde. Damit trug sie freilich Konsequenzen, die man in dieser Zeit für alle deutschen Universitäten diskutierte. Die Frankfurter Historikerin Barbara Wolbring brachte dies auf die Formel, die deutsche Universität sei nach dem Krieg generell als ein „Trümmerfeld der bürgerlichen Welt“ erschienen. Leidenschaftlich sei über die „Umerziehung“ der Front- und Flakhelfer-Generationen diskutiert

und gerungen worden, um einen neuen Begriff von Bildung und Erziehung zu Demokratie und zu politischer Verantwortung.⁶

Vor 1945

Man muss sich zunächst vergegenwärtigen, dass die deutsche Universität in der Mitte des 20. Jahrhunderts noch die Bildungseinrichtung einer kleinen Minderheit der Gesellschaft gewesen ist. Im Deutschen Reich gab es nicht mehr als 150.000 Studierende – nicht 2,7 Millionen, wie es sie heute an Universitäten und Fachhochschulen als Ausdruck der sogenannten „Wissensgesellschaft“ gibt. Dieser Umstand war für das Schicksal der Gießener Universität nicht unbedeutend. In der Öffentlichkeit galt den Universitäten freilich stets eine besondere Aufmerksamkeit. Denn durch sie wurde jeweils ein bedeutender Teil des gesellschaftlichen und administrativen Führungsnachwuchses geprägt. In ihrer besonderen Mischung aus Forschung und Lehre galt diese Einrichtung und ihre leitende *Idee* seit den Reformen Wilhelm von Humboldts auch international lange als vorbildlich, und sie wurde etwa in den USA oder in Japan als ein Erfolgsmodell kopiert.⁷

Schon im frühen 20. Jahrhundert war die deutsche Universität jedoch in Turbulenzen geraten. Denn einerseits stieg die Nachfrage nach universitärer Bildung und geriet der elitäre Habitus der Ordinariuniversität dabei unter Beschuss. Andererseits wurde gesellschaftlich relevante Forschung nun auch in staatlich alimentierten Großforschungseinrichtungen wie den Kaiser-Wilhelm-Instituten betrieben, die heute als Max-Planck-Institute firmieren.⁸ Die wechselnden Zeitläufe zwischen Kaiserreich, Kriegen, Republik und Nationalsozialismus stürzten die deutsche Universität nicht nur politisch in Wechselbäder, auch schien es angesichts der Entwicklungen Näherliegendes zu geben als sich universitär zu bilden.⁹ Die Freiheit der Forschung und Lehre bedürfen eben auch des Friedens und der Ruhe, um sich gedeihlich zu entwickeln.

Die in den vergangenen Jahrzehnten betriebene kritische Erforschung der deutschen Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts hat dokumentiert, wie anfällig diese Institution, die sich mitsamt ihrer Professorenschaft damals als weithin *unpolitisch* verstand, gegenüber diesen Herausforderungen war. Schon im Kaiserreich gab es bei vielen Universitätsangehörigen, auch und besonders bei den Studenten, nationalkonservative, völkische oder antisemitische Grundüberzeugungen. Peter Moraw sprach in diesem Zusammenhang von einer „apolitisch-vordemokratische(n) Prädisposition“ der Professoren, die im Herzen weithin Monarchisten geblieben seien.¹⁰ Im Ersten Weltkrieg glaubten dann viele Hochschullehrer, ihren Patriotismus durch einen Dienst an der Waffe oder – falls nicht mehr dienstfähig – mit der Feder dokumentieren zu müssen.¹¹

Einen Großteil der Lehrenden und der Lernenden durchzogen anschließend auch deutliche Ressentiments gegen den Vertrag von Versailles und die junge Weimarer Republik. Sogenannte „Vernunftrepublikaner“, geschweige denn überzeugte Demokraten, blieben demgegenüber in einer ständig unbedeutender werdenden Minderheit. Die Gleichschaltung der deutschen Universität vollzog sich nach 1933 dann relativ rasant, was umso mehr erstaunt, als das neue Regime aus seinem mangelnden

Respekt für wertfreie Wissenschaft und akademische Bildung keinen Hehl machte.¹²

Als ein spezifisches Problem der *Ludoviciana* in Gießen sollte es sich erweisen, dass sie ständig unter neue Verantwortlichkeiten geriet. Bis 1918 war sie von den Großherzögen von Hessen-Darmstadt getragen worden. Dessen letzter Vertreter, Ernst Ludwig von Hessen und bei Rhein, hatte 1890/91 sogar ein Semester in Gießen studiert und ein Zimmer im Alten Schloss bezogen. Der Schutz und die besondere Förderung der Landesuniversität durch die hessischen Fürsten fielen 1918 jedoch fort. Hernach war der Volksstaat Hessen zuständig, der als parlamentarisches System andere Kriterien an seine Ausbildungsstätten anlegte und aufgrund seiner prekären wirtschaftlichen Lage wohl auch stärker auf die Reichsmark achten musste.¹³

Die Gießener Universität ist in der Weimarer Zeit durchaus expandiert und hat sich dabei neuen sozialen Schichten gegenüber geöffnet, etwa den Söhnen der unteren und auch schon einigen Töchtern der oberen Mittelschicht. Sie befand sich sogar auf dem Weg zu einem wissenschaftlichen Großbetrieb. Das blieb aber eine relative Größe, und zusammen mit anderen vergleichsweise kleinen Universitäten wie Rostock oder Jena gab es schon in den 1920er Jahren immer wieder Gerüchte, vereinzelt sogar parlamentarische Vorstöße, sie ganz zu schließen. Denn man nahm an, dass ihr noch immer eine kritische Masse zum Überleben fehlte. Insbesondere nach der Gründung der Frankfurter Universität schien es in Mittelhessen fast zu viele Einrichtungen ihrer Art zu geben.¹⁴

Ab 1934 übernahm dann das nationalsozialistische Deutsche Reich mit seinem neu gegründeten Reichserziehungsministerium unter Bernhard Rust die formelle Verantwortung.¹⁵ Das beurteilte die deutschen Universitäten dann nach erneut veränderten Maßstäben und ordnete sie in Bezüge ein, die eher von einer zentralen Perspektive in Berlin aus schauten. Und da ragte Gießen nicht besonders prominent hervor, auch wenn der Minister die Universität im März 1938 sogar einmal besuchen sollte. Das musste nicht zwangsläufig auf eine Schließung hinauslaufen, denn tatsächlich wurden im „Dritten Reich“ ja auch Universi-



Rektor Heinrich Wilhelm Kranz (rechts) mit Gauleiter Jakob Sprenger (Mitte), Oberbürgermeister Heinrich Ritter (2. von links) bei einem Festakt am 2. November 1940. (Quelle: Universitätsarchiv Gießen)

täten wie Posen, Breslau oder Straßburg aufgewertet. Diese sogenannten „Stoßtrupp-“ oder „Grenzlanduniversitäten“ dienten jedoch nach Kriegsausbruch vornehmlich als Brückenköpfe in die von Deutschen besetzten Gebiete. In Deutschland selbst ließ diese Neuordnung des „Großdeutschen Reichs“ Gießen eher als Faktor einer räumlichen „Übersetzung“ erscheinen.

Diese Marginalisierung vorausahnend, hatte sich die Universität Gießen wie viele andere Universitäten schon bald nach der Machtergreifung damit beeilt, Ergebniseadressen an die neue Regierung auszusenden, zunächst an den Gauleiter und Reichsstatthalter von Hessen-Nassau, Jakob Sprenger. Schon am 8. Mai 1933 legte die Ludwigs-Universität auf der „Großen nationalen Kundgebung“ ein demonstratives Bekenntnis zum neuen Staat ab. Bei einer begleitenden „Aktion wider den undeutschen Geist“ kam es auch bereits zu einer Verbrennung von sogenannten „Zersetzungsschriften“ solcher Personen und Parteien, die

man im neuen deutschen Staat fortan nicht mehr dulden wollte.¹⁶

Der Kreis Gießen und Vogelsberg hatte sich schon in den frühen 1930er Jahren durch einen besonders starken Wähleranteil für die NSDAP ausgezeichnet.¹⁷ Die Gießener Studenten empfanden überwiegend ebenso deutsch-national wie die Professoren.¹⁸ Dessen ungeachtet verlor die Ludoviciana schon bald ihren Status als Landesuniversität. Eine neue Universitätsverfassung stärkte am 13. Oktober 1933 die Position des Rektors und definierte ihn als „Führer“ der Universität. Ihm wurde vorsichtshalber noch ein politisch ausgerichteter „Zweitführer“ und das Amt des Universitätsrichters zur Seite gestellt, während der Senat faktisch entmachtet wurde. Mit dem „Gesetz über die Bildung von Studentenschaften“ vom 22. April 1933 zog auch auf dieser Ebene das Führerprinzip ein, sollten die Studenten auf diejenigen „deutscher Abstammung und Muttersprache (...) unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit“ beschränkt werden.¹⁹ Am 25. April 1933 kam

noch ein „Gesetz gegen die Überfüllung an deutschen Hochschulen und Universitäten“ mit Quoten für jüdische Studenten hinzu, die in Gießen sogar noch unterschritten wurden.²⁰

Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 bot die Grundlage für die Entlassungen von Dozenten auf der Basis von relativ willkürlichen Zuschreibungen rassistischer Zugehörigkeit oder politischer Unzuverlässigkeit.²¹ Insofern trug es dazu bei, die deutsche Universität, die bis heute ein Geflecht aus rechtlichen Bestimmungen, politischen Erwartungen, akademischen Traditionen und Usancen darstellt, aber eben auch ein *Sozialkörper* von hoher Komplexitätsdichte ist, zu einem Einfallstor fataler Veränderungen zu machen. Diese konnten sich individuell durchaus zu Tragödien steigern.

Generell muss man sich die zwölf Jahre NS-Herrschaft wohl als eine Phase vorstellen, in der es vor dem Hintergrund der simplen Behauptung eines notwendigen Wandels zu einer schubhaften Neuausrichtung von Wertorientierungen und zur Infragestellung vieler Institutionen kam, die das System vorher stabilisiert hatten. In den entstehenden Spielräumen griff ein Aktivismus Platz, der sich auf vermeintlich überzeitlich gültige Gesetze berief. Sie sollten sich am Leben als „Kampf“ orientieren, boten tatsächlich jedoch niederen Instinkten enorme Räume zur Entfaltung. Die wurden von Personen in mehr oder weniger verantwortlicher Position zwar nicht notwendigerweise ergriffen, verführten aber doch oft diejenigen, die glaubten, bislang zu kurz gekommen zu sein oder sich schon immer in einer führenden Rolle gesehen hatten. Dozenten erschienen nun bisweilen in Uniformen zur Vorlesung, oft veränderte sich ihre Sprache, die martialischer und patriotischer im Ton wurde. Ob das, wie es später meist hieß, „notwendige Anpassungsleistungen“ waren, sei dahingestellt. Bis heute sorgt die breite Willfährigkeit dieser Spitzen deutschen Geistes jedenfalls international für ungläubiges Erstaunen.²²

Dabei litten die Fächer, die zum klassischen Bildungskanon gehörten, auch in Gießen am meisten. Die Geistes-, aber auch die Wirtschafts- und die Rechtswissenschaften gerieten stark

unter Druck, während politisch erwünschte Fächer oft auf forschende Weise ihren Platz beanspruchten. Neue Institute entstanden im Bereich der Erb- und Rassenpflege, der Runenforschung, der Kautschukforschung, aber auch der Zahnmedizin. Die Zahl der Ordinarien sank von 60 im Jahr 1933 auf 51 im Wintersemester 1943/44, die Zahl der Nichtordinarien von 114 im Jahr 1933 auf 83 im Wintersemester 1936/37. Nicht alle davon wurden entlassen, manche schieden auch schlicht aus Altersgründen aus oder wurden fortberufen. Karrierechancen schienen sich hingegen für vormals blockierten Nachwuchs zu eröffnen, wenn er sich denn politisch nach rechts radikalisierte oder aus Wissenschaften kam, die von den Interessen des Nationalsozialismus am meisten profitierten.²³

Als politisch besonders überzeugt unter den Gießener Dozenten galten etwa die Rassehygieniker Philaetes Kuhn und Wilhelm Heinrich Kranz, der Geologe Karl Hummel, der Agrarwissenschaftler Hermann Vogel, der Veterinärmediziner Karl Beller oder der Pädagoge Gerhard Pfahler. Insgesamt traten 47,1 % der Gießener Hochschullehrer der NSDAP bei – der Anteil ist fachlich jedoch zu differenzieren, er war bei den Medizinern besonders hoch, bei den Theologen fast erwartungsgemäß sehr niedrig. Die Mitgliedschaft war generell jedoch keinesfalls zwingend.

Zu den entfernten Ordinarien zählten umgekehrt der Philosoph Ernst von Aster, der Physiker George Jaffé, der Geologe Hermann Harrassowitz, die Nationalökonominnen Friedrich Lenz und Paul Mombert oder der Orientalist Julius Lewy. Die Archäologin Margarete Bieber ging ebenso in die Emigration wie der Germanist Karl Viëtor. Als eine besonders subtile Form der „bürokratischen Verfolgung“, wie Peter Chroust sie bezeichnete, erwies sich die Entziehung von in Gießen erworbenen Doktorgraden. Denn ihre Träger, so hieß es, hätten sich aus rassistischen, politischen oder Gründen der Emigration ihrer als unwürdig erwiesen. Seit 2006 nennt eine Tafel im Gustav-Krüger-Saal die Namen von 49 Personen, die dies betraf. Vor einigen Jahren erinnerte eine Ausstellung und eine Vortragsreihe der Justus-Lie-

Wehrwissenschaftliche Vorträge

der Ludwigs-Universität Gießen im 1. Trimester 1940

Die Vorträge sind unentgeltlich und finden jeweils 20 Uhr c. t. bis 21.15 Uhr im Vorlesungsgebäude der Universität statt. Beginn Do. 11. Januar 1940

1. Do., 11. Januar. Professor Dr. Kranz, Rektor der Universität: „Bevölkerungspolitisches und Rassenbiologisches zum Kampf um den Neubau Europas“
2. Di., 16. Januar. Professor Dr. Willeke: „Hauptprobleme der Kriegswirtschaft“
3. Do., 18. Januar. Professor Dr. Sessous: „Ernährungssicherung im Kriege von der pflanzenbaulichen Seite betrachtet“
4. Di., 23. Januar. Professor Dr. Beller: „Tierseuchen im Kriege“
5. Do., 25. Januar. Professor Dr. Borries: „Bismarcks Stellung zu Staat und Volk“
6. Di., 6. Februar. Professor Dr. Haag: „Seuchenbekämpfung im Kriege“
7. Do., 8. Februar. Dozent Dr. Deist: „Aufgaben des San.-Offiziers im Rahmen der Wehrwissenschaft“
8. Di., 13. Februar. Professor Dr. Klute: „Der Ostraum Europas wehrgeographisch betrachtet“
9. Do., 15. Februar. Professor Dr. Kolfes: „Fragen der Ernährungssicherung unter wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkten“
10. Di., 20. Februar. Reichshauptamtsleiter Professor Dr. Groß, Berlin, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP. Thema wird noch bekanntgegeben

Brühl-Gießen

Dokument der akademischen „Ertüchtigung“ im Krieg: Plan einer Vortragsreihe im Frühjahr 1940.

(Quelle: Universitätsarchiv Gießen)

big-Universität an eine der schillerndsten Persönlichkeiten, denen der Titel 1938 entzogen wurde, den Juristen und Schriftsteller Robert Frank.²⁴

Die Neuausrichtung der Universität betraf aber natürlich auch die Studenten. Sie ließen in Gießen zugleich wenig Widerstand hiergegen erkennen.²⁵ Studentische Verbindungen wurden nach und nach in „Kameradschaften“ umgewandelt, jeder Studierende musste jetzt eine Grundausbildung in Leibesübung absolvieren. Der örtliche Studentenführer beanspruchte für sich ein entscheidendes Mitspracherecht. Im Sommersemester 1939 gab es in Gießen nur noch 557 Studierende, fast 60 % davon waren in den medizinischen Fächern eingeschrieben. Im Krieg drohte sogar die Instrumentalisierung der Ludwigs-Universität zu einer Medizinischen Militärakademie. Ab 1940 wurden „wehrwissenschaftliche“ Vortragsreihen angeboten, stilisierten manche die Hochschule sogar zu einem eigenen „Frontabschnitt“.²⁶

Genützt hat der *Ludoviciana* diese Umorientierung im neuen politischen Geiste, ihre Ausrichtung auf rassepolitische, sozialdarwinistische und militärische Lehrinhalte letztlich nichts. Vielmehr durchzogen Gerüchte über eine bevorstehende Schließung der Universität nicht nur die Presse, sondern auch die Gespräche der Verantwortlichen. NS-Gauleiter Jakob Sprenger sprach im Januar 1939 sogar von einer „sterbenden Universität“. Von den 1942 nominell 607 eingeschriebenen Studenten befanden sich mehr als die Hälfte bei der Wehrmacht, in den Geisteswissenschaften studierten nur noch 33 Studenten, in der evangelischen Theologie war es noch ein einziger Student. Sofern man die krisengeschüttelte *Ludoviciana* der letzten Jahre zum Maßstab nehme, so Peter Moraw in seiner Geschichte der Universität Gießen, sei der sich abzeichnende Einschnitt so tief nicht gewesen, hätten sich die Verhältnisse der Nachkriegszeit in den 1930er und frühen 1940er Jahren längst angebahnt.²⁷

Die Universität Gießen versuchte, ihrer prekären Situation durch ein Anschmiegen an die neuen Verhältnisse zu begegnen, zeigte aber im Einzelnen eine spezifische Beharrungskraft, wie sie solche komplexen Sozialkörper eben

auch auszeichnet. Das Verhältnis von Opportunismus und Resistenz lässt sich letztlich aber nur im Detail und individuell klären. Im Gesamten dürfte sich die Geschichte der Universität Gießen im „Dritten Reich“ nicht wesentlich von der anderer deutscher Universitäten unterschieden haben. In der Aufklärung darüber braucht sich Gießen jedenfalls nicht zu verstecken. Gerade im Umfeld des 400. Geburtstags der Justus-Liebig-Universität im Jahr 2007 wurde viel von dem aufgearbeitet, was zur Grundlage dieses Beitrags werden konnte.²⁸

Die Rivalität, ja der Kampf unterschiedlicher Moralvorstellungen und Rechtsauffassungen und unterschiedlicher Kriterien für Menschlichkeit in der Zeit zwischen 1933 und 1945 sind weiterhin unerschöpfliche Felder der Forschung und des Lernens. Dennoch sollte der Blick zeitlich erweitert werden, um die Nachkriegszeit als eine Phase der personalengen Verwobenheit, der damit verbundenen Umorientierung und Umdeutung, der Einkapselung oder des aktiven Lernens aus der jüngsten Geschichte mit einzubeziehen. Hierbei sollten institutionelle und personelle Geschichten stets aufeinander bezogen bleiben, damit auch die personale Prägung von Institutionen wie auch die institutionelle Rahmung persönlicher Schicksale sichtbar wird.

In Bezug auf den Magistrat Gießens und anderer Gemeinden, aber auch in Bezug auf das hessische und andere Länderparlamente ist das in den vergangenen Jahren auch erneut aufgegriffen worden.²⁹ Dabei darf man sich aber insbesondere der Tatsache einer Ambivalenz nicht verschließen, kommt man nicht immer zu eindeutigen Bewertungen. So muss man beispielsweise zugestehen, dass auch NS-Rektoren wie Wilhelm Heinrich Kranz zum Überleben der Gießener Universität in den frühen 1940er Jahren durchaus Entscheidendes beigetragen haben. Auch der Fall Otto Eger zeigt solche Ambivalenzen. Und wenn man beklagt, dass sich die Universitäten Frankfurt und Marburg in den Jahren 1945 wenig solidarisch mit der Gießener Schwester gezeigt haben, so muss man auch erwähnen, dass im Zuge der drohenden Schließung der Juristenfakultät zugunsten Frankfurts 1938 von Gießener Seite auch kal-



Reparaturen am zerstörten Hauptgebäude der Universität nach 1945.

(Quelle: Universitätsarchiv Gießen)

kuliert darauf hingewiesen wurde, dass diese Neugründung einen „stark jüdischen Einschlag“ besitze.³⁰

Nach 1945

Dies alles vorausgeschickt, geht es im Folgenden um die Vorgänge der unmittelbaren Nachkriegszeit.³¹ Diese sind wiederum nicht zu verstehen ohne die eingangs erwähnten Zerstörungen, die Gießen als Garnisonsstandort und als Verkehrsknotenpunkt zu verzeichnen hatte. Erstaunlicherweise hatten Reste des uni-

versitären Lehrbetriebs noch bis Ende Februar 1945 aufrechterhalten werden können. Am 27. und 28. März kam die amerikanische Armee in die Stadt an der Lahn – und sollte über 60 Jahre bleiben.³² Nach dem 8. Mai wurde auf Anordnung der Besatzungsmächte in allen deutschen Universitäten der Lehrbetrieb eingestellt. Einige Professoren, darunter auch der letzte Gießener Rektor Alfred Brüggemann, gerieten in *automatic arrest*, insgesamt wurden anschließend 59 Universitätsmitglieder von den Amerikanern entlassen. Im Sommer 1945 riet der neue Rektor, der Physiker Karl Bechert, al-

len Angehörigen der Universität sogar, sich außerhalb Gießens eine Beschäftigung zu suchen. Die Gebäude waren zu 60 % zerstört, auch das Hauptgebäude war eine Ruine und konnte erst 1953 wieder genutzt werden. Bis dahin war Improvisation das Gebot der Stunde.

In dieser Situation drängte sich abermals die Frage auf, wer sich für die Gießener Universität eigentlich zuständig fühlt. Das am 19. September 1945 gegründete Land Groß-Hessen wandte sich zunächst den anderen Hochschulen zu. Die Technische Universität Darmstadt bediente in diesem Moment viele der für den Wiederaufbau besonders zukunftsträchtigen Fächer. Die Stiftungs-Universität in Frankfurt war zwar noch jung, aber bereits zu groß und zu renommiert, um sie anzutasten, sie wurde daher ebenfalls vom Land gestützt.³³ Die Universität Marburg schließlich war zwar nur unwesentlich älter als die in Gießen. Sie war aber im Krieg weitgehend unzerstört geblieben und konnte daher schon im Oktober 1945 ihren Betrieb wieder aufnehmen. Darmstadt und Frankfurt folgten Anfang 1946.

Während also der Theologe Martin Niemöller im Mai 1946 in Marburg längst wieder über „Die politische Verantwortung des Christen im akademischen Stand“ referierte³⁴ und am 12. Juni die Marburger Hochschulgespräche mit einem Appell an die Freiheit der Wissenschaft und der Lehre endeten, kämpfte die *Ludoviciana* um ihr Überleben. Ein weiterer ungünstiger Faktor kam hinzu: In dem nun zur französischen Besatzungszone gehörenden Mainz war am 15. Mai 1946 eine zusätzliche Universität gegründet bzw. wiederbegründet worden. Sie trug dazu bei, im Rhein-Main-Gebiet erneut eine relativ dichte Hochschullandschaft entstehen zu lassen, so dass die alte Frage nach einer „Übersetzung“ der höheren Bildungseinrichtungen erneut auf Gießen lastete.

Die fortgesetzten Anträge zu einer Wiedereröffnung der Gießener Universität wurden zunächst hinhaltend beschieden. Der US-Hochschuloffizier Edward Y. Hartshorne war aus eigener Anschauung ein guter Kenner und auch Bewunderer deutscher Universitäten. Er wollte aber eher Einrichtungen ab einer bestimmten Größe gefördert sehen. Die Marburger er-



Der Physiker Karl Richard Bechert (1901–1981), der erste (und letzte) Nachkriegs-Rektor der Ludwigs-Universität.

langten wohl auch deswegen seine Unterstützung, weil Hartshorne in der Stadt seinen Wohnsitz nahm. Die Ludwigs-Universität blieb hingegen auch bei deutschen Behörden wie der Hessen-Darmstädter Regierung Ludwig Bergsträssers und der entstehenden Landesregierung in Wiesbaden ohne großen Rückhalt. Zwischenzeitlich war der Jurist Otto Eger zum Sonderbeauftragten der amerikanischen Militärregierung für die Auflösung der alten Ludwigs-Universität ernannt worden.³⁵

Während Rektor Bechert in Stadt und Land Geld und Unterstützung für eine mögliche Wiedereröffnung sammelte, wanderten einzelne Universitätsmitglieder längst an andere Universitäten der näheren oder weiteren Umgebung ab, auch weil sie vom Land kein Gehalt mehr bekamen. Einzelne Veterinärmediziner zogen daraus die Konsequenz, einen Zusammenschluss ihres Instituts mit der entspre-

**Der Rektor
der Ludwigs-Universität Gießen**

83
Gießen, den 12. April 1946.
Seersprecher Nr. 3366

Zu Nr. f. U. 6484. G

Betreff: Eröffnung der Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin in
G i e s s e n .

An das
Grosshessische Ministerium für
Kultus und Unterricht
W i e s b a d e n .

Grosshessisches Staatsministerium
Der Minister für Kultus u. Unterricht
Eing.: 16. APR. 1946
T. Nr. 3071/46 Anl. 4
Ref.:

17/44
gel
Ich

Die vom Kultusministerium beschlossene Hochschule für
Bodenkultus und Veterinärmedizin in Giessen, die an die Stelle der
Universität Giessen treten soll, stellt Antrag auf Eröffnung und
bittet, die Eröffnung so schnell als möglich erwirken zu wollen. Der
Antrag des Dekans der Naturwissenschaftlichen Fakultät, Professor
Cermak, der bis zur Wahl eines Rektors die Geschäfte dieser Hochschu-
le führen wird, liegt bei.

Bechert

8/3594

Eine der letzten Amtshandlungen Karl R. Becherts: Der Antrag auf Eröffnung der „Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin“ vom 12. April 1946. (Quelle: Universitätsarchiv Gießen)

chenden Marburger Einrichtung anzuregen. Der dortige Rektor Julius Ebbinghaus griff diese Idee auf und erweiterte sie sogar, so dass in diesen Monaten bereits von einer Ludwigs-Philipp-Universität Gießen-Marburg die Rede war, die von Bechert aber kategorisch verworfen wurde.

Nachdem sich die drei übrigen Rektoren Ende März dezidiert für eine Schließung Gießens ausgesprochen hatten, war es wohl Edward Hartshorne, der den entscheidenden Anstoß in Wiesbaden gab, den für Gießen dilatorischen Zustand endlich zu beenden.³⁶ Im April 1946 beschloss das Landeskabinett unter Ministerpräsident Karl Geiler, eine Wiedereröffnung Gießens nur in reduzierter Form zuzulassen. Als „Hochschule für Bodenkultur und Veterinärmedizin“ nahm diese im Sommersemester 1946 ihre Tätigkeit auf. Sie bestand aus acht veterinärmedizinischen und acht agrarwissenschaftlichen Lehrstühlen, dazu sieben weiteren Professuren aus den Naturwissenschaften. Damit war Gießen auf das Wenige reduziert, was es zu

dieser Zeit an keiner anderen hessischen Hochschule gab.³⁷ Rektor Bechert war inzwischen zurückgetreten, im Mai 1946 der Physiker Paul Cermak zu seinem Nachfolger gewählt worden. Die Berufung der Hochschule auf Justus Liebig war im Rückblick sicher kein ungeschickter Schachzug. Denn es handelte sich hierbei immerhin um eine Person von internationaler Bekanntheit, die gerade in Bezug auf die nun noch vertretenen Fächer Wegweisendes geleistet hatte. Ob jedoch die Beschränkung auf Landwirtschaft und Veterinärmedizin einen Bezug besaß zur „agrarwirtschaftliche(n) Zukunft, die Deutschland damals zugestanden wurde“, wie der Rektor Karl Alewell dies rückblickend noch 1982 feststellte, die Gießener Hochschule also indirekt eine Konsequenz des legendären Morgenthau-Plans von 1944 gewesen ist, darf dabei bezweifelt werden.³⁸ Denn dieser Plan existierte im Wesentlichen als ein Propaganda-Produkt in deutschen Köpfen und war nie Gegenstand realistischer Planungen der Alliierten gewesen.³⁹

Das schmale Fächerspektrum der Hochschule wurde nach und nach ergänzt durch die Humanmedizin. An ihr lässt sich so etwas wie eine institutionelle Beharrungskraft oder eine überschießende Pfadabhängigkeit dokumentieren. Die medizinische Fakultät existierte in Gießen nach 1945 de facto weiter, weil die stark zerstörten Kliniken zunächst als Landeseinrichtungen weiter betrieben wurden. Die entsprechenden Hochschullehrer – namentlich der Anatom Ferdinand Wagenseil als Dekan – unternahmen immer wieder vergebliche Anläufe, auch wieder akademisch forschen und ausbilden zu können. Erreicht wurde zunächst nur eine medizinische Akademie, deren ungeklärte Rechtslage dann später zum Ausgangspunkt für das umstrittene Gesetz von 1950 und die Erweiterung zur „Justus-Liebig-Hochschule“ wurde.⁴⁰ Ähnlich verhielten sich die Naturwissenschaften, die mit einer offenbar geradezu subversiven Energie nach und nach das Spektrum ihrer Themen und ihrer akademischen Abschlüsse erweiterten, um ihren lediglich zuarbeitenden Status für die anderen Fächer zu überwinden und wieder eigenständig zu werden.

Nach ihrer Eröffnung im Sommer 1946 fand sich dann doch noch eine Person, die sich das weitere Schicksal der Justus-Liebig-Hochschule besonders angelegen sein ließ: der Landtagsabgeordnete, spätere Kultusminister und Gießener Alumni Erwin Stein.⁴¹ Zwischen Ende 1946 und Anfang 1948 ließ er Pläne für einen neuen, amerikanisch anmutenden Campus auf dem Seltersberg sondieren. Im Universitäts-Archiv lagern entsprechende Architekten-Entwürfe für eine Hochschule, die durch den Ausbau eines ernährungswissenschaftlichen Schwerpunkts aufgewertet werden sollte. Doch kam ein realistisches Finanzierungsmodell hierfür nicht zustande.

Diese Pläne dokumentieren aber einmal mehr, dass die Gießener Hochschule sich in ihre Reduzierung auf das Allernotwendigste nicht einfach fügen wollte. Vielmehr zeigt sich auf zahlreichen Ebenen, wie an einem ständigen Auf- und Ausbau der Möglichkeiten gearbeitet wurde, um ihren Status zu erhöhen, die akademischen Spielräume zu erweitern und durch die Stärkung von Alleinstellungsmerkmalen letzt-

endlich doch wieder zu einer vollständigen Universität aufgewertet zu werden. Die Hochschule zeigte sich hier gleichsam resilient gegenüber den Zumutungen der Zeit, indem sie die Gene einer Volluniversität beibehielt, sich taktisch um eine ständige Erweiterung ihrer Handlungsspielräume bemühte und schließlich auch Erfolg damit hatte. Von Seiten der Stadt Gießen scheint es hierbei stets kräftige Unterstützung gegeben zu haben. Im zweiten Semester gab es schon wieder 535 Studenten, im Sommersemester 1948 bereits 821.

Verhaltensweisen zum Vergangenen

Abschließend sei auf Aspekte eingegangen, die sich mit 1946 als einem Wendejahr verknüpfen und die eingangs schon kurz angedeutet wurden: auf die politische und moralische Erneuerung der Universität. Auch hier zeigt sich ein Bild, das kaum anders als ambivalent gezeichnet werden kann. In zahlreichen deutschen Universitäten wurde nämlich nach 1945 auch daran gearbeitet, möglichst ungebrochen an die Zeit vor 1933 anzuknüpfen. Wer sich die universitätsnahe Publizistik der Nachkriegszeit vergegenwärtigt, wird oft mit einer Deutung konfrontiert, die das seit 1933 Geschehene gleichsam aus der Geschichte herausdefinierte. Stattdessen wurde nahegelegt, dass für die Barbarei des Nationalsozialismus vor allem die Abwendung von den antik-christlichen oder „abendländischen“ Traditionen verantwortlich sei.⁴² Der erwähnte Vortragstitel von Martin Niemöller war in dieser Hinsicht sehr charakteristisch.

Diese exkulpatorischen Neigungen machten politisch wache Geister wie Erwin Stein durchaus misstrauisch und ließen sie am politischen Orientierungssinn deutscher Ordinarien zweifeln. Das war einer der Gründe dafür, in der hessischen Landesverfassung von 1946 Hochschulen unter staatliche Aufsicht zu stellen. Eine weitere Maßnahme war es, in Darmstadt, Frankfurt und Marburg Lehrstühle für politische Wissenschaft einzurichten, die mit Eugen Kogon, Carlo Schmid und Wolfgang Abendroth dann auch mit sehr markanten Persönlichkeiten besetzt wurden.⁴³



Das Auditorium Maximum aus den von Erwin Stein 1948 initiierten Entwürfen für einen neuen, amerikanisch anmutenden Campus der Justus-Liebig-Hochschule.

Unmittelbarer wirksam war jedoch das am 5. März 1946 von der Militärregierung erlassene „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“, mit dem die sogenannte „Entnazifizierung“ in die Hände deutscher Spruchkammern gelegt wurde. Wie sich später erweisen sollte, neigten diese nach einer ersten Phase durchaus energischer Durchleuchtung jedoch zu immer größerer Milde, je länger diese bürokratisierte und von Schematismen nicht freie Maßnahme dauerte.⁴⁴ Schon Mitte 1948 war diese Selbstreinigung faktisch, durch hesische Gesetze kurze Zeit darauf auch juristisch

beendet. Wie sich diese Vorgänge insgesamt auch auf die Universität Gießen auswirkten, muss ebenso weiter erforscht werden wie der Umstand, dass deutsche Universitäten in der Einschätzung von Michael Stolleis „oft in beschämender Passivität gegenüber denjenigen“ verblieben sind, „die 1933 vertrieben worden waren.“⁴⁵

Tatsächlich ist bislang nicht bekannt, dass sich die Universitätsleitung dabei exponierte, sich aktiv an die nach 1933 vertriebenen ehemaligen Dozenten der Universität zu wenden. Kontaktaufnahmen zu Margarete Bieber, Edgar

Jaffé oder Karl Viëtor sind bislang nicht dokumentiert.⁴⁶ Dank eines Fundes von Frau Eva-Marie Felschow im Gießener Universitätsarchiv kann hier aber abschließend dennoch von einer Episode berichtet werden, die sich aus alten Berufungsakten rekonstruieren lässt.⁴⁷ Tatsächlich sind es solche Vorgänge, über die sich die ganze Breite der Wechselwirkung zwischen Personen und Institutionen in diesen Jahren ausleuchten ließe.

Am 2. Juli 1946 wandte sich der vormalige Privatdozent für Alte Geschichte und geborene Gießener, Fritz Moritz Heichelheim, aus dem britischen Nottingham an den Rektor der Universität Gießen. In seinem Schreiben bat er darum, seine am 5. Mai 1933 vorgenommene Entlassung aus rassistischen Gründen in eine *offizielle* Entlassung in Ehren umzuwandeln. Denn die damalige Maßnahme einer verfassungswidrigen Regierung, so Heichelheim, habe er niemals anerkannt. Nun sei er britischer Staatsbürger und als *University Lecturer* dort pensionsfähig angestellt. Seiner Auffassung nach müsse „um die Ehre unserer Universität willen“ darüber hinaus eine individuelle Entschuldigung an diejenigen gerichtet werden, die „in der Nazizeit zu Unrecht entlassen worden“ seien. Im Übrigen bot er „Rat und Hilfe für einen Wiederaufbau“ der Universität an und bat, seine alten Lehrer Karl Kalbfleisch und Otto Eger sowie alle Übrigen, die ihn noch kennen würden, zu grüßen.

Rektor Paul Cermak antwortete Heichelheim höflich dankend, schilderte die desolater materielle Lage der Universität und der Stadt, kündigte die Übersendung der entsprechenden Bescheinigung an und bedeutete, dass man sich in Bezug auf die Beschaffung englischsprachiger Literatur gegebenenfalls wieder mit ihm in Verbindung setzen werde. Am 16. August äußerte Heichelheim seine „aufrichtige Befriedigung“ über die Antwort aus Gießen und sah „sein Verhältnis zu seiner Heimatuniversität wieder auf eine ehrenhafte Basis gebracht“. Zugleich gab er die Anregung, ihn zum außerplanmäßigen Honorarprofessor mit Sitz und Stimme im Senat zu ernennen, um mit voller Legitimation für die *Ludoviciana* eintreten und wirken zu können.



Der Physiker Paul Cermak (1883–1958), ab 1946 der erste Rektor der „Justus-Liebig-Hochschule“.

(Quelle: Universitätsarchiv Gießen)

Währenddessen war am 22. August das Ersuchen um eine ehrenvolle Entlassung von dem hessischen Ministerialdirektor Willi Viehweg abschlägig beschieden worden. Die Begründung war vielsagend für den bürokratisch-abweisenden Ton, mit dem sich viele Exilierte in Deutschland nach 1945 konfrontiert sahen: Die Entlassung sei „rechtswirksam“ gewesen, außerdem habe der Antragsteller inzwischen eine „fremde“ (sic!) Staatsbürgerschaft erworben. Von einer individuellen Entschuldigung sei nicht nur aufgrund einer daraus folgenden „Belastung der Behörden“ abzuraten. In ausdrücklichem Widerspruch zum vorher Festgestellten äußerte der Repräsentant des Ministeriums überdies, die „damalige willkürliche Entlassung“ stelle doch immerhin „eine ehrenvolle Anerkennung demokratischer Gesinnung“ dar. Am 20. Dezember meldete sich Heichelheim erneut in Gießen und verließ seinem Befremden Ausdruck, dass er in der Angelegenheit nichts mehr gehört habe. Dabei legte er nun ei-



Fritz Moritz Heichelheim (1903–1968) im Jahr 1961 anlässlich einer durch Rektor August Schummer vollzogenen Ehrenpromotion der Justus-Liebig-Universität.
(Quelle: Universitätsarchiv Gießen)

nen deutlich schärferen Ton in seine Forderung, „die Dinge in Ordnung zu bringen“ und ließ auch erkennen, dass er über einen einflussreichen Freundeskreis verfüge. Der Rektor antwortete am 10. Januar 1947 in einem etwas betretenen Ton, dass er den Unwillen des Kultusministeriums durchaus bedaure. Stattdessen schlug er Heichelheim die Übernahme einer Gastprofessur vor, weil „dazu die Regierung wohl leichter zu haben sein“ werde. Heichelheim antwortete am 6. März seinerseits, er erkenne die Bereitschaft der Universität und stelle einen Gastaufenthalt in Hessen in Aussicht. Eine echte Wiedergutmachung könne freilich „durch schöne Worte nicht erfolgen“.

Der Wiederaufbau bleibe ansonsten durch ein „nicht unberechtigtes Ressentiment“ gegen die Deutschen ständig weiter gefährdet.

Am 12. März 1947 wurde ihm dann vom Kultusministerium doch noch eine Honorarprofessur angetragen. Eine entsprechende Urkunde konnte ihm aber erst im Februar 1948 ausgestellt werden. Das Begleitschreiben verwies ausdrücklich darauf, dass eine offizielle Entschuldigung durch die hessische Regierung aber *nicht* in Frage käme, da sie keine Rechtsnachfolgerin des NS-Staats sei und sie die damaligen Maßnahmen schließlich ebenfalls missbillige. Die Übermittlung der Urkunde bestätigte Heichelheim am 8. April 1948 dennoch mit geradezu überschwänglichen Hoffnungen auf den „Anfang einer langen und ersprießlichen Zusammenarbeit (...) auf der Basis der *humanitas* und der *concordia omnium bonum*“.

Bei diesem Briefwechsel hat man es sicher mit einem eher ungewöhnlichen Vorgang zu tun, weil Heichelheim hier ebenso selbstbewusst wie beharrlich sein Recht einforderte und er seiner *Alma mater* zugleich aus der Ferne seine Hilfe anbot. Damit legte er eine über persönliche und institutionelle Brüche hinweg reichende Verbundenheit an den Tag, die dokumentierte, was eine Universität über alle zeitgeschichtlichen Brüche hinweg eben auch sein konnte: ein fortwirkender Faktor der Identifikation. Dies wurde besonders und auf geradezu rührende Weise durch einen von Heichelheim abschließend geäußerten Wunsch an den Rektor bekräftigt, nämlich bei akademischen Feiern in angelsäch-

sischen Ländern die alte Gießener Universitätsstracht, ein hellbraunes Plüschwams nebst Kappe, tragen zu dürfen.

Solche Vorgänge in ihrer ganzen Komplexität zu rekonstruieren bietet sehr lohnende Felder für zukünftige Forschungen.⁴⁸ Denn sie erlauben es, die Tiefe der persönlichen und institutionellen Brüche dieser Jahre wirklich zu ermessen, auch die tatsächlichen Wandlungen des Jahres 1946, das in diesem Beitrag im Mittelpunkt stand. Sie zeigen auch, wo eine Universität sich als besonders anfällig, aber auch in einem positiven Sinn als besonders konstant erweisen konnte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Gießener Hochschule zwischen Ludwig und Liebig weder „besonders braun“ noch ein Opfer dunkler Machenschaften oder weltpolitischer Konstellationen war. Der vorübergehende Rückbau der Universität lässt sich vielmehr aus vornehmlich vier Gründen erklären: *Erstens* war diese Konsequenz seit langem erwogen und in der Tendenz schon weit vor 1946 vorgezeichnet, um in der Situation von 1946 nicht wieder aufzuleben. *Zweitens* erforderten die massiven Zerstörungen Gießens einen Investitionsbedarf, der in der Situation von 1946 akut nicht zu leisten war. *Drittens* waren die Gießener in der oft verborgen bleibenden Konkurrenz zwischen den Universitäten den Nachbarn aufgrund ihrer damaligen Schwäche weit unterlegen. Und *viertens* hatte sie in dieser Situation zu wenige Fürsprecher auf den politisch relevanten Ebenen. Umso erstaunlicher ist es, wie beharrlich sich die Universität in den anschließenden Jahrzehnten zurück „ins Spiel“ gekämpft hat und wie vergleichsweise stark vor diesem geschilderten Hintergrund ihre Position sich heute darstellt.

Anmerkungen:

¹ Victor Sebestyen: 1946. Das Jahr, in dem die Welt neu entstand, Berlin 2015.

² Vgl. vor allem Tony Judt: Die Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, München/Wien 2006.

³ Jeannette van Laak: Sehnsuchtsort Gießen? Zur Geschichte des Notaufnahmelagers nach dem Mauerbau, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen, 99. Jg. (2014), S. 185–194.

⁴ Ludwig Brake/Eva-Marie Felschow: 50 Jahre Kriegsende. Stadt und Universität Gießen im Wiederaufbau 1945–1960, Gießen 1996, S. 13.

⁵ Heinz Hungerland: Universität und Staat. Festrede anlässlich der 350-Jahr-Feier bei dem akademischen Festakt der Ludwigs-Universität/Justus-Liebig-Hochschule Gießen, Gießen 1957, S. 5.

⁶ Barbara Wolbring: Trümmerfeld der bürgerlichen Welt. Universität in den gesellschaftlichen Reformdiskursen der westlichen Besatzungszonen (1945–1949), Göttingen 2014. Vgl. auch Corine Defrance: Deutsche Universitäten in der Besatzungszeit zwischen Brüchen und Traditionen 1945–1949, in: Dietrich Papenfuß/Wolfgang Schieder (Hg.): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert. Köln u.a. 2000, S. 409–428.

⁷ Sylvia Paletschek: Die Erfindung der Humboldtschen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Historische Anthropologie 10 (2002), S. 183–205. Wolfgang E. J. Weber: Geschichte der europäischen Universität, Stuttgart 2002.

⁸ Gerhard A. Ritter: Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick, München 1992.

⁹ Michael Grüttner u.a. (Hg.): Gebrochene Wissenskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010.

¹⁰ Peter Moraw: Kleine Geschichte der Universität Gießen. 2. Aufl. Gießen 1990, S. 207.

¹¹ Vgl. Jürgen von Ungern-Sternberg/Wolfgang von Ungern-Sternberg: Der Aufruf „An die Kulturwelt!“ Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg, erw. Auflage, Frankfurt/Main u.a. 2013.

¹² Vgl. Konrad Jarausch: Deutsche Studenten 1800–1970, Frankfurt/Main 1984.

¹³ Peter Moraw: Kleine Geschichte der Universität Gießen. 2. Aufl. Gießen 1990, S. 199–210.

¹⁴ Peter Moraw: Kleine Geschichte der Universität Gießen. 2. Aufl. Gießen 1990, S. 222.

¹⁵ Anne C. Nagel: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1933–1945, Frankfurt/Main 2012.

¹⁶ Thomas Kailer/Christian Schwöbel: Unterwerfung mit Schriftenverbrennung: Die „Große nationale Kundgebung“ der Ludwigs-Universität am 8. Mai 1933, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Bd. 92 (2007), S. 81–115.

¹⁷ Vgl. hierzu die Forschungen von Jörg-Peter Jatho (Gießen). Zur Gießener Universitätsgeschichte vgl. ders./Gerd Simon: Gießener Historiker im Dritten Reich, Gießen 2008.

¹⁸ Hierzu Peter Chroust: Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945. 2 Bde. Münster/New York 1994. Allgemeiner Helmut Heiber: Universität unterm Hakenkreuz. Teil 1: Der Professor im Dritten Reich: Bilder aus der akademischen Provinz, München 1991; Teil 2: Die Kapitulation der Hohen Schulen: das Jahr 1933 und seine Themen. 2 Bde., München 1992/94.

¹⁹ Reichsgesetzblatt I, 1933, S. 215.

²⁰ Reichsgesetzblatt I, 1933, S. 225.

²¹ Reichsgesetzblatt I, 1933, S. 175–177.

²² Vgl. Michael Güttner/John Connelly (Hg.): Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn 2003.

²³ Peter Moraw: Kleine Geschichte der Universität Gießen. 2. Aufl. Gießen 1990, S. 210–225.

²⁴ Helmut Berding: Doktorgradentziehungen an der Universität Gießen 1933–1945, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen, 94. Bd. (2009), S. 177–185. Peter Chroust: Die bürokratische Verfolgung. Doktorgradentziehungen an der Universität Gießen 1933–1945 im Kontext der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik, Gießen 2006. Michael Breitbach: Das Amt des Universitätsrichters an der Universität Gießen im 19. und 20. Jahrhundert. Zugleich ein Beitrag zu den Doktorentziehungsverfahren zwischen 1933 und 1945, in: Archiv für hessische Geschichte, Bd. 59 (2001), S. 267–334.

²⁵ Michael Grüttner: Studenten im Dritten Reich. Geschichte der deutschen Studentenschaften 1933–1945, Paderborn 1995.

²⁶ Eva-Marie Felschow/Carsten Lind/Neill Busse: Krieg, Krise, Konsolidierung. Die „zweite Gründung“ der Universität Gießen nach 1945, Gießen 2008, S. 9–34.

²⁷ Peter Moraw: Kleine Geschichte der Universität Gießen. 2. Aufl. Gießen 1990, S. 214.

²⁸ Eva-Marie Felschow/Carsten Lind/Neill Busse: Krieg, Krise, Konsolidierung. Die „zweite Gründung“ der Universität Gießen nach 1945, Gießen 2008. Horst Carl u.a. (Hg.): Panorama. 400 Jahre Universität Gießen: Akteure – Schauplätze – Erinnerungskultur, Frankfurt/Main 2007.

²⁹ Wolfgang Helsper: Der demokratische Wiederaufbau in Gießen nach 1945. Politische Weichenstellungen und der Umgang mit der Vergangenheit, Gießen 2016. Norbert Kartmann (Hg.): NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, Wiesbaden/Marburg 2014.

³⁰ Eva-Marie Felschow/Carsten Lind/Neill Busse: Krieg, Krise, Konsolidierung. Die „zweite Gründung“ der Universität Gießen nach 1945, Gießen 2008, S. 18.

³¹ Zum Folgenden vgl. Eva-Marie Felschow/Carsten Lind/Neill Busse: Krieg, Krise, Konsolidierung. Die „zweite Gründung“ der Universität Gießen nach 1945, Gießen 2008, S. 37ff. Peter Moraw: Kleine Geschichte der Universität Gießen. 2. Aufl. Gießen 1990, S. 225ff. Markus Bernhardt: Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik. Ein Beitrag zur hessischen Hochschulgeschichte 1945–1957, Gießen 1990. Peter Chroust: Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945, Bd. 2, Münster/New York 1994, S. 304ff.

³² Vgl. Gundula Bavendamm (Hg.): Amerikaner in Hessen. Eine besondere Beziehung im Wandel der Zeit, Hanau 2008.

³³ Notker Hammerstein: Die Johann Wolfgang Goethe-Universität. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule, Frankfurt/Main 1989.

³⁴ Martin Niemöller: Die politische Verantwortung des Christen im akademischen Stand. Vortrag, gehalten auf Einladung der evangelischen Studentengemeinde vor Studierenden der Philipps-Universität zu Marburg an der Lahn am 4. Mai 1946, Gießen 1946.

³⁵ Ludwig Brake/Eva-Marie Felschow: 50 Jahre Kriegsende. Stadt und Universität Gießen im Wiederaufbau 1945–1960, Gießen 1996, S. 49f.

³⁶ Peter Chroust: Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945. 2 Bde. Münster/New York 1994, S. 304ff.

³⁷ Peter Moraw: Die Universität Gießen von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: ders.: Gesammelte Beiträge zur deutschen und europäischen Universitätsgeschichte. Strukturen – Personen – Entwicklungen, Leiden/Boston 2008, S. 251–294.

³⁸ Karl Alewell: 375 Jahre Universität Gießen – 25 Jahre Justus-Liebig-Universität, in: Gießener Universitätsblätter, Jg. 15 (1982), S. 8–20, hier S. 8.

³⁹ Bernd Greiner: Die Morgenthau-Legende. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, Hamburg 1995.

⁴⁰ Vgl. hierzu den Beitrag von Franz Reimer in diesem Heft.

⁴¹ Vgl. die Ausstellung „Erwin Stein (1902–1992). Richter, Minister, Stifter. Ein bewegendes Leben in bewegter Zeit“ in der Universitätsbibliothek Gießen vom 31. Oktober bis 16. Dezember 2016. Eine umfassende Biographie Erwin Steins wird momentan von Anne C. Nagel erarbeitet.

⁴² Vgl. Erich Meuthen: Kleine Kölner Universitätsgeschichte <<http://www.portal.uni-koeln.de/universitaetsgeschichte.html>> (eingesehen am 13. Januar 2017). Zum argumentativen Umfeld vgl. Dirk van Laak: „Nach dem Sturm schlägt man auf die Barometer ein ...“ Rechtsintellektuelle Reaktionen auf das Ende des „Dritten Reiches“, in: WerkstattGeschichte 17, 6. Jg., August 1997, S. 25–44.

⁴³ Peter Chroust: Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945. 2 Bde. Münster/New York 1994, S. 304ff.

⁴⁴ Lutz Niethammer: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. 2. Aufl. Bonn 1982.

⁴⁵ Michael Stolleis: Vom Optimismus einer „Befreiung“ war wenig zu spüren, in: Forschung Frankfurt, Heft 2/2014, S. 157f., hier S. 157.

⁴⁶ Peter Chroust: Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945. 2 Bde. Münster/New York 1994, S. 304ff.

⁴⁷ Für das Folgende: Universitätsarchiv Gießen, Berufsakten 1. Lieferung, Karton 4: Fritz Heichelheim, Blatt 123–173 (1946–1948).

⁴⁸ Dies gilt freilich auf andere Weise, als dies Uwe Walter in einer sehr spekulativen Zeitungsnotiz über Heichelheim vorschlug, ders.: Heichelheim, ausgesondert. Eine traurige Geschichte aus der Uni-Bibliothek, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 197 vom 24. August 2016, S. N3 (mit Verweis auf Klaus Altmayer: Fritz Moritz Heichelheim (1901–1968), in: Marburger Beiträge zur antiken Handels-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 33. Jg., 2016, S. 1–31).

Kontakt:

Dirk.van_Laak@uni-leipzig.de